

Protest gegen Abriss

Schriftzug am Postscheckamt

Von Conrad von Meding

Weithin sichtbar prangt am Bauzaun um das ehemalige Postscheckamt Brüderstraße der Schriftzug „Stoppt den Abrisswahn!“ Die hannoversche Gruppe der Architects for Future (Architekten für die Zukunft, gehört zur Klimabewegung Fridays for Future) hat direkt daneben auch Flugblätter ausgehängt.

Zu viel Abriss in Hannover?

Derzeit werden in Hannover – allen Klimaschutz- und Umnutzungsbekanntnissen zum Trotz – so viele Großimmobilien aus der Wirtschaftswunderzeit abgerissen wie schon lange nicht mehr. Exxon an der Podbi, der Westflügel des Bredero-Hochhauses, vermutlich noch in diesem Jahr die Kaufhof-Immobilie in der Altstadt und eben das große Postscheckamt. All diese Gebäude sind noch keine 50 Jahre alt und werden zertrümmert. Schon weggerissen sind etwa das Kröpcke-Center, die AOK am Pferdeturm, die Deutsche Rentenversicherung in Laaten und sogar ein Wohnhochhaus in Vahrenheide mit Hunderten Wohnungen – damals dachte man, es werde nie wieder Wohnungsnot geben.

Den Flugblättern der Architects for Future zufolge wurden allein 2021 deutschlandweit 14.090 Gebäude abgerissen, wobei die echte Zahl höher liegen dürfte, weil für die meisten Immobilien kein Abrissantrag gestellt werden muss. Die Klima-Architekten fordern zwar keinen kompletten Abrisstopp, dass aber in jedem Einzelfall zumindest ernsthafter geprüft werden müsse, ob nicht doch eine Umnutzung möglich sei. Schließlich stecke in jedem gebauten Haus viel Energie.

Selbst wenn inzwischen in geringeren Mengen Baustoffe recycelt werden können, so produzierte Abriss und Neubau doch sehr viel Klimagas Kohlendioxid. Insgesamt entstehe pro Jahr so viel Bauschutt in Deutschland, dass man pro Kopf auf 2800 Kilogramm komme – das ist das Leergewicht von zwei normalen Autos.

Auf dem Gelände des ehemaligen Postscheckamts im Karree von Celler Straße und Goseriende, Brüder- und Herschelstraße soll ein modernes Wohn- und Büroquartier entstehen mit Kita, Cafés, Aussichtsterrassen und kleinen Geschäften. Der Projektentwickler, das hannoversche Wohnungsunternehmen MeraVis, lässt die Pläne derzeit zusammen mit dem Baudezernat überarbeiten. Dem Vernehmen nach soll ein besonders ökologisches und klimagerechtes Innenstadtkwartier entstehen.

BGH bestätigt Mordurteil

Es bleibt dabei: Ein 45-jähriger IT-Spezialist aus Hannover erhält eine lebenslange Freiheitsstrafe, weil er seine 51-jährige Ex-Freundin in ihrer Wohnung in der Göttinger Wiesenstraße getötet hat. Der in Leipzig ansässige 6. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hat jetzt die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts Göttingen als unbegründet verworfen.

Das im Juni 2022 verkündete Urteil sei damit rechtskräftig, teilte der BGH nun mit. Das Göttinger Landgericht hatte die im August 2021 begangene Tat als Mord eingestuft. Der Angeklagte habe nicht akzeptieren wollen, dass die 51-Jährige nur eine Freundschaft, aber keine Partnerschaft mehr mit ihm haben wollte. pid



Sehen sich in Existenznot: Die Buchhändler (hinten): Helmut Krüger, Michael Steinberg, (Mitte): Barbara Thume, Anna Renate Willms, Bettina Groh, Melanie Miodaj, Anja Schröder, Konrad Baumer, (vorne): Melanie Beyer, Anna Fiedler, Carolina Momma und Dirk Eberitzsch. FOTO: TOBIAS WÖLKE

SPD fordert Verzicht auf europaweite Ausschreibung

Streit um Großauftrag der Stadtbibliothek / Lokale Buchhändler fürchten um Existenz / Direktor Tom Becker weist Sparvorwurf zurück

Von Saskia Döhner

Im Streit um die Neuausschreibung eines Großauftrags der Stadtbibliothek, der viele der rund 35 kleinen inhabergeführten Buchläden in Hannover in Existenznöte bringen könnte, fordert die SPD jetzt den Verzicht auf eine europaweite Ausschreibung. Am Wochenende hatte die Ratsfraktion einstimmig einen entsprechenden Antrag verabschiedet. Eine europaweite Ausschreibung sei gar nicht nötig, weil Bücher der Preisbindung unterlägen, sagt SPD-Kulturexpertin Belgün Zaman.

Die Stadtbibliothek will drei Großaufträge für Printmedien mit einem Gesamtvolumen von rund 485.000 Euro ausschreiben. Es geht nicht nur um die Lieferung der Kinder-, Sach- und Belletristikbücher, sondern auch ihre sogenannte Veredelung (in Folie einbinden und mit einem Strichcode versehen). Die lokalen Buchhändler, die diese Veredelung nicht leisten können, befürchten Einbußen zwischen 10.000 und 30.000 Euro, wenn die Aufträge der Stadtbibliothek nicht mehr an sie, sondern an große Konzerne gehen. Die Veredelung der Bücher könnte auch im Stützpunkt Hölderlinstraße oder in anderen sozialen Einrichtungen für Arbeitslose erledigt werden, sagt Zaman.



Will sich für die kleinen Buchhändler einsetzen: SPD-Bundestagsabgeordneter Adis Ahmetovic. FOTO: KATRIN KUTTER

SPD-Bundestagsabgeordneter Adis Ahmetovic schreibt in einem Brief an die Händler: „Als inhabergeführte Buchhandlungen in Hannover tragen Sie einen großen Anteil an einem lebendigen Stadtleben und stärken neben der lokalen Wirtschaft auch die lokale Stadtgesellschaft. Sie gehören mit den angebotenen Lesungen, der Leseförderung, den Büchertischen sowie der Beratung von Kundinnen und Kunden zum Kulturgut vor Ort.“

Parteigenossin Zaman sagt, Stadtteilbüchereien seien keine profitablen Wirtschaftsunternehmen oder nur ein Ort, in dem man einfach das



Es geht um Transparenz, nicht um Einsparungen: Stadtbibliotheksdirektor Tom Becker. FOTO: RAINER DRÖSE

bestellte Buch abhole, sondern Räume der Begegnung ohne Konsumzwang. Ziel sei, die Bibliothek als sogenannter dritter Ort der Begegnung und des Lernens, des gesellschaftlichen und kulturellen Austauschs.

Vonseiten der CDU heißt es: „Dass ausgerechnet eine grün geführte Stadtverwaltung, die ansonsten Diversität so hochhält, ohne Not dem ohnehin schon stark geschrumpften hannoverschen Buchhandel einen solchen Schlag versetzt, macht mich einigermaßen sprachlos“, sagt Jens Enders, kulturpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. „Inhabergeführte Buch-

handlungen machen einen erheblichen Mehrwert für eine Stadt aus.“

Stadtbibliotheksdirektor Tom Becker weist den Vorwurf zurück, bei der geplanten Ausschreibung gehe es um Einsparungen. Es gehe um Transparenz, nicht um Haushaltskonsolidierung. Bislang werde die Vergabe der Printmedien überhaupt nicht ausgeschrieben. Es dürfe nicht der Eindruck einer Vetternwirtschaft entstehen. Mit der Ausschreibung werde weder finanziell noch personell etwas eingespart, betont Becker. Erklärtes Ziel sei es, die Ausschreibung so zu gestalten, dass sie vergaberechtskonform sei und gleichzeitig die lokalen Buchhändler Chancen hätten, auch zum Zuge zu kommen. Anders als die SPD-Fraktion vertritt die Verwaltung bislang die Ansicht, dass eine europaweite Ausschreibung zwingend vorgegeben ist.

Die Grünen wollen am Dienstag, 7. März, über das weitere Vorgehen beraten. Kulturexperte Liam Harold hatte aber schon vor Wochen den Buchhändlern seine Unterstützung zugesichert. Der Streit um den Großauftrag ist längst nicht ausgestanden. Direktor Becker glaubt, dass das Thema die Stadtgesellschaft und Kommunalpolitik sicher noch rund sechs Monate beschäftigen werde.

Gutschein für neuen Kühlschrank

Stadt unterstützt Einkommensschwache

Von Andreas Schinkel

Gutscheine für den Kauf eines energieeffizienten Haushaltsgeräts sollen einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft bekommen. Der Umweltausschuss hat am Montag grünes Licht dafür gegeben, das Förderprogramm der Stadt weiterzuführen und auszubauen. Das bedeutet: Wer unter anderem Hartz-IV bezieht und einen alten, stromfressenden Kühlschrank durch ein neues, sparsames Gerät ersetzen will, kann einen Zuschuss von 100 Euro aus der Stadtkasse erhalten. Weitere 100 Euro gibt es vom Bund. Wenn der Rat noch zustimmt, steht das Geld voraussichtlich ab Sommer zur Verfügung.

Insgesamt 240.000 Euro

Eine Fördersumme von jeweils 40.000 Euro in diesem und im nächsten Jahr hat die Stadt vorgesehen. Das Geld bekommt die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die die Gutscheine bewilligt. Weitere Subventionen von insgesamt 200.000 Euro für dieses und kommendes Jahr bekommt die AWO zudem für Energieberatungen.

Viel Zustimmung kommt aus den Reihen von Grünen und SPD. „Wir verknüpfen Klimaschutz mit sozialen Fragen“, sagt Grünen-Umweltpexpertin Anna Tabea Kraefft in der Sitzung des Ausschusses. „Wir stehen an der Seite der Menschen, die jetzt Hilfe benötigen“, sagt SPD-Umweltpertin Bala Ramani.

Programm läuft seit Jahren

Das sogenannte Stromcheck-Programm gibt es schon seit mehreren Jahren und wird nun fortgesetzt und ausgebaut. Nicht nur mehr Geld ist jetzt in den Töpfen, der Gerätetausch bezieht sich nicht mehr allein auf Kühlschränke, sondern auch auf andere Haushaltsgeräte wie Waschmaschinen und Wäschetrockner. Voraussetzung ist jedoch, dass alte Geräte fachgerecht entsorgt werden und nicht weiterlaufen. Berechtig, Gutscheine und Beratungen zu erhalten, sind Empfänger von Bürgergeld (Hartz IV), Sozialhilfe oder Wohngeld.

MHH analysiert Covid-Verlauf

Genetische Faktoren spielen eine Rolle

Eine Infektion mit SARS-CoV-2 führt bei manchen Menschen zu schweren Erkrankungen, während andere nicht oder nur leicht erkranken. Die Gründe dafür sind noch weitgehend unklar. Bekannt ist, dass ein angeborenes überaktives Immunsystem eine schwere Covid-19-Erkrankung verursacht, aber es ist unklar, wie dies reguliert wird. Ein Team um Professorin Yang Li von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) ist der Antwort auf diese Frage einen Schritt nähergekommen.

Zum Team gehörten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der MHH, die ebenso wie Professorin Li auch im Exzellenzcluster Resist forschen. Die Gruppe konnte Regulatoren identifizieren, die die Fehlfunktion des Immunsystems bei Covid-19 zugrunde liegen. Darüber hinaus konnte es bestätigt werden, dass bestimmte bereits bekannte genetische Risikofaktoren eine Rolle bei der Entstehung der Krankheit spielen. Darüber hinaus konnten sie erforschen, wie eine bestimmte genetische Variante zu einer höheren Viruslast und zu einem erhöhten Risiko einer Krankenhausweisung wegen einer Corona-Erkrankung beiträgt. sub

Neue Polizisten für den Flughafen

Vereidigung: 29 Beamte starten am Airport / Stärkung im Bereich der Sicherheitskontrollen

Von Manuel Behrens

Die Bundespolizeidirektion Hannover hat 115 neue Beamtinnen und Beamte vereidigt. Die Polizeimeisterinnen und -meister verrichten zukünftig ihren Dienst in den unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen in Niedersachsen, Bremen und Hamburg.

29 Berufseinsteiger beginnen nach zweieinhalbjähriger Ausbildung demnächst am Flughafen Hannover. Nach der Vereidigung durchlaufen sie eine kurze Einführungsphase. Danach beginnt die eigentliche Arbeit in den Dienstgruppen. „Die neuen Mitarbeitenden der Bundespolizei optimieren die eigene Aufgabenbewältigung und gleichen auch Personalabgänge, etwa durch Pensionierungen, aus“, sagt der Sprecher der Bundespolizeidirektion, Jörg Ristow.

„Die neuen Mitarbeitenden bedeuten einen realen Personalzu-

wachs, der dazu führt, die Wahrnehmung der Aufgaben der Bundespolizei weiter zu stärken“, sagt die Flughafen-Inspektionsleiterin Corinna Bolinius.

Die Bundespolizei ist am Flughafen unter anderem für die Aufsicht der Luftsicherheitskontrollen ver-

antwortlich. Für deren Durchführung und die Bereitstellung des Personals ist allerdings ein privater Sicherheitsdienst zuständig. Hier hatte es in den letzten Jahren massive Probleme gegeben, vor allem in den Hauptreisezeiten. Reisende mussten teilweise stundenlang an den

Kontrollen warten. Immer wieder verpassten Menschen ihre Flieger.

Mit Blick auf die kommenden Osterferien, die am 27. März beginnen, soll das besser werden. „Der Dienstleister rekrutiert zurzeit eigenes Personal, um bestehende Personaldefizite auszugleichen und die Situation an den Sicherheitskontrollen zu verbessern“, sagt Ristow.

Doch nicht nur am hiesigen Flughafen starten frisch ausgebildete Beamtinnen und Beamte. Bei Feierstunden in Hannover und Hamburg wurden zudem zwölf neue Einsatzkräfte für die Inspektion am hannoverschen Hauptbahnhof vereidigt.

Weitere beginnen unter anderem in den Inspektionen Bremen, Hamburg oder Bad Bentheim. „Darunter 35 Frauen und 35 Polizisten mit ausländischen Wurzeln“, sagt Sprecher Ristow. Die Altersspanne reiche von 18 bis 38 Jahren. Insgesamt hat die Bundespolizeidirektion Hannover etwa 3000 Mitarbeitende.



Vereidigung am Flughafen Hannover: Neue Bundespolizisten nehmen ihren Dienst auf. FOTO: BUNDESPOLIZEIDIREKTION HANNOVER